Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der

Märkischen Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für die Stadt Kamen.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der veröffentlichten und in der Geschäftsstelle einzusehenden Bedingungen.

Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Petitzeile 20 Pf., bei lokalen Anzeigen 15 Pf., Reklamezeile 60 Pf. Bei Wiederho ungen Rabatt nach Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassarabatt und erlischt bei Nichteinhaltung unserer Zahlungs-Bedingungen sowie bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen. Für die Aufnahme an bestimmt vorgeschriebenen Stellen wird keine Gewähr geleistet.

Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". Monatlicher Bezugspreis 90 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.25 Mk. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen. Geschäftsstelle Kamen, Wekkr. 10. Fernsprecher Nr. 1. Für die richtige Ausführung telephonisch aufgegebener Anzeigen wird jede Verantwortung abgelehnt. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis.

Nr. 30 — Dienstag, den 5. Februar 1918 — 46. Jahrgang

Die neuen Beratungen in Berlin.

Der erhoffte Friedensschluß mit der Ukraine und die polnische Frage.

(TU) Wie bekannt, ist eine Anzahl hoher politischer und militärischer Persönlichkeiten in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen erstrecken sich, wie die „Frankf. Ztg." hört, einesteils auf Ernährungsfragen, andererseits auf unsere Beziehungen zu unsern östlichen Gegnern, insbesondere auf den erhofften Friedensschluß mit der ukrainischen Republik.

Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, gelten die neuen Berliner Besprechungen Kühlmann, Staatssekretär v. Kühlmann, Minister Grafen Czernin und General Ludendorff, die in der Hauptstadt eingetroffen sind, in der Hauptsache der Lösung der polnischen Frage. Angesichts der Fortschritte, die die Verhandlungen mit der Ukraine gemacht haben, ist es für Deutschland und Oesterreich-Ungarn notwendig, endlich über die polnische Frage ins Reine zu kommen. Es kommt bei den Besprechungen darauf an, ob Deutschland der sogenannten österreichischen Lösung der polnischen Frage zuzustimmen vermag. Es soll dies abhängen einmal von der Anerkennung der militärischen Erfordernisse, die durch General Ludendorff vertreten werden, zum andern besonders davon, ob die wirtschaftspolitischen Angelegenheiten derart geregelt werden, daß Deutschland einer Vergrößerung Oesterreichs durch Polen zuzustimmen vermag. Namentlich diese wirtschaftspolitischen Fragen sind ungemein schwierig zu lösen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

(W) Sonntag vormittag hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Die Besprechung begann mit einer Aeußerung des Staatssekretärs v. Kühlmann zu der Frage der Einladung bezw. Zulassung von Vertretern der westlichen Randstaaten zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk. Der Staatssekretär erklärte, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben. — Trotzki bemerkte, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Delegation zwar die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannten, die Heranziehung einer Vertretung Polens zu den Verhandlungen jedoch nicht angeregt hätten. Wir unsererseits erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange an, aber wir können nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß diese Selbständigkeit nur eine scheinbare ist, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht. Deswegen können wir, ohne die Selbständigkeit des polnischen Volkes anzutasten, doch nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der Besetzungsbehörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könne er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die breiten Massen stützen würde.

Staatssekretär v. Kühlmann versteht nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Randvölkern Polen ausgesondert habe. Die Angelegenheiten der Polen, Litauer und Kurländer seien bisher zusammen erörtert worden. Er glaube aber, einen gewissen Fortschritt darin erblicken zu können, daß Trotzki die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn der Vorsitzende der russischen Delegation auch für die anderen westlichen Randvölker Rußlands die Selbständigkeit anerkennen wolle, so würden die Verhandlungen hierdurch ein erhebliches Stück vorwärts kommen. In Beantwortung einer Bemerkung Trotzkis, daß die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt hätten, erklärte Staatssekretär v. Kühlmann, er sei über die Vorgänge in Finnland noch nicht unterrichtet, doch seien von zuständiger finnischer Seite zahlreiche Klagen darüber aufgekommen, daß die russische Armee dort in die inneren Kämpfe eingegriffen habe und daß die mehrfach geäußerten Wünsche auf Zurückziehung der russischen Truppen vom finnischen Territorium von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. — Der Minister des Aeußeren Graf Czernin wies darauf hin, daß Trotzki eine ganz richtige Unterscheidung zwischen den Staaten und deren Regierungen gemacht habe. Trotzki erkenne nur die Selbständigkeit des polnischen Staates an, wolle jedoch das Recht der dort bestehenden Regierung, diesen Staat zu vertreten, nicht anerkennen. Mit Befriedigung konstatiere er, daß Trotzki mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe, womit eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte angebahnt zu sein scheine.

Zur finnländischen Frage bemerkte sodann Trotzki: Die Petersburger Regierung habe die Unabhängigkeit Finnlands während des Krieges anerkannt, so daß sich damals nur Truppenteile, die am Kriege teilnahmen, auf finnländischem Boden befanden. Als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Krieges zurückgezogen würden, wenn es nicht aus militärischen Rücksichten möglich wäre, sie schon früher zurückzuziehen. Zur Herbeiführung eines Einvernehmens hierüber sei eine Kommission gebildet. Als nun in Finnland die Revolution der Arbeitermassen begonnen habe, hätten sich die finnischen Sozialdemokraten an die russischen Truppen mit dem Wunsche gewandt, daß sie sich nicht in den Kampf einmischen möchten. Ein diesem Wunsche entsprechendes Telegramm sei von ihr selbst an die finnische Regierung gesandt worden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmee Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgendwelchen Einfluß auf den Gang der inneren Kämpfe in Finnland hätten haben können. Was die Heranziehung polnischer Vertreter betreffe, so werde an die russische Delegation wieder die Frage gerichtet, ob sie die Unabhängigkeit Polens anerkenne oder nicht. Es sei klar, daß diese Frage eine Zweideutigkeit erhalte. Er erkenne in vollem Umfange unbeschränkt das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren, aber er könne nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesteckt wurden. Sei der polnische Staat ein Staat, so müsse er geographische Grenzen haben, sei der polnische Staat ein Königreich, so müsse es einen König haben. Wenn ein Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig geordneten Verhältnissen zu tun.

In Erwiderung hierauf bemerkte Graf Czernin, er möchte darauf aufmerksam machen, daß die Delegationen der verhandelnden Mächte nicht hierher gekommen seien, um einen geistigen Ringkampf auszufechten, sondern um zu versuchen, ob und inwieweit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Für den Vertreter eines fremden Staates sei es schwer festzustellen, inwieweit in einem anderen Staate die dort bestehende Regierung zu Recht bestehe. Eine Fortsetzung der Erörterung über diese Frage sei seiner Ansicht nach unfruchtbar. Der polnische Staat sei in der Entwickelung begriffen und sein Entwickelungsprozeß noch nicht abgeschlossen. Deshalb habe Polen, wie Trotzki ganz richtig bemerkt habe, auch noch keine feststehenden Grenzen. Aber die russische Republik, die noch in der Entwickelung begriffen sei, habe auch noch keine feststehenden Grenzen, was indessen die Mächte des Vierbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln, ohne sich in eine Prüfung ihrer Legitimität einzulassen. Die Mächte des Vierbundes verhandelten sogar mit Regierungen, die sie für ziemlich radikal halten. Das gehe aus den Brester Verhandlungen zur Genüge hervor. — Staatssekretär v. Kühlmann fügte hinzu, die zweite Erklärung des Vorsitzenden der russischen Delegation habe es bestätigt, daß es schwer sei, ohne den Wortlaut so weitgehender Erklärungen vor sich zu haben, sich ein sicheres Urteil über das Gesagte zu bilden. Da ein Widerspruch in den Erklärungen eines so geschulten Dialektikers, wie Trotzki es sei, ausgeschlossen erscheine, so liege offenbar ein Mißverständnis von seiner Seite vor. Aus der ersten Erklärung Trotzkis habe er den Eindruck gewonnen, als hätte der Redner damit rückhaltlos und im vollen Umfange die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Trotzki in seiner zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Es sei allerdings schwierig, die Selbständigkeit eines Staates anzuerkennen, der gar kein Staat sei. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in den Wolken verlöre, wenn man die Grundlagen einer gesunden juristischen Konstruktion verlasse. Am Schlusse machte Herr v. Kühlmann Mitteilung darüber, daß er durch unabweisbare Pflichten gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Zeit, die infolge seiner Abwesenheit für die Sitzungen der politischen Kommission verloren ging, würde durch Verhandlungen von Macht zu Macht zwischen den anderen in Brest vertretenen verbündeten Delegierten und der russischen Abordnung sowie durch Arbeiten der Rechts- und Handelskommission auszufüllen sein.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Trotzki über die Friedensformel Wilsons.

(TU) Amerikanischen Journalisten gegenüber äußerte sich Trotzki kurz vor seiner Abreise nach Brest-Litowsk folgendermaßen über den Standpunkt Wilsons: Akademisch gesprochen, ist die Friedensformel Wilsons ein Versuch, sich der unsrigen zu nähern. Wenn sie aber zur praktischen Anwendung gelangen würde, müßte sich dasselbe einstellen, was wir letzthin mit der deutschen Diplomatie erlebt haben. Präsident Wilson hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt. Aber er dehnt dieses Recht nicht auf alle Nationalitäten aus. Den Völkern der Doppelmonarchie gesteht er beispielsweise Autonomie, aber keine Unabhängigkeit zu. Auf diese Weise hofft er, Oesterreich-Ungarn von Deutschland lösen zu können. Das Programm der amerikanischen Bourgeoisie kann am besten als ein Versuch definiert werden, den Imperialismus beider Mächtegruppen in Europa zu schwächen, damit der amerikanische Kapitalismus die Herrschaft über den europäischen Kapitalismus antrete.

Finnlands Protest gegen die russsiche Regierung.

Der finnische Geschäftsträger von Gripenberg in Stockholm hat dem dortigen deutschen kaiserlichen Gesandten am 28. Januar folgenden Protest der finnischen Regierung gegen die russische Regierung übermittelt:

Meine Regierung hat mich beauftragt, der Kaiserlich deutschen Regierung mitzuteilen:

Die Regierung Rußlands hat zwar die Selbständigkeit Finnlands offiziell anerkannt, aber trotzdem hat das Wegsenden der russischen Truppen aus Finnland noch nicht begonnen. Im Gegenteil unterhält die russische Regierung in Finnland immer noch zahlreiche Truppenabteilungen, die nicht nur ein Hindernis für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherheit im Lande bilden, sondern auch dazu beitragen, daß die unruhigen Elemente der Bevölkerung Mord, Brandstiftung und andere Schandtaten verüben. Der Kommissar für Kriegsangelegenheiten der russischen Regierung hat dem in Wiborg stationierten Militär Befehl gegeben, die in der Stadt zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingeführte Schutztruppe zu entwaffnen und mit ihren Waffen die Arbeiter, die in diesem Augenblick die blutigen Massenunruhen in der ganzen Stadt begonnen haben, zu bewaffnen. Da das Verfahren der russischen Regierung eine schwere Kränkung Finnlands als selbständiger Staat bedeutet, legt die Regierung Finnlands hiermit ihren bestimmen Protest gegen die Maßnahmen der russischen Regierung ein und bringt diesen zur Kenntnis aller derjenigen Mächte, welche die Selbständigkeit Finnlands anerkannt haben.

Genehmigen Sie, Herr Baron, die gleichzeitige Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. von Gripenberg.

Die Schreckensherrschaft der Roten Garde.

(W) Nach Meldungen Stockholmer Blätter nimmt die Schreckensherrschaft der Roten Garde in Helsingfors immer entsetzlichere Formen an. Die ganze Nacht hindurch hört man Gewehrfeuer, und auch in der letzten Nacht wurden wieder mehrere Bürger erschossen. Nach Angabe der Eisenbahnbeamten erhielt die Rote Garde auch in Helsingfors Unterstützung durch russische Truppen, die unter dem Befehl eines Kommissars auftraten. Unter den heute nacht Ermordeten befindet sich ein junger Arzt, der im Roten Kreuz-Krankenhaus angestellt war. Nach dem Bericht von Augenzeugen wurde der frühere General der finnischen Garde Silverhielm, der sich, obwohl schon 70 Jahre alt, tapfer gegen die ihn überfallenden Soldaten der Roten Garde verteidigte, von der Uebermacht vorübergehend gefangen, getötet, mit Bajonetten durchstoßen und in einen Sack gesteckt. Die Kriegsabteilung des russischen Volkskommissariats hat die russischen Soldaten durch Ordre aufgefordert, die Rote Garde in Finnland zu unterstützen.

Die schwedische Regierung will nicht eingreifen.

Samsag sprachen Vertreter von 40 schwedischen Zeitungen dem schwedischen Staatsminister und dem Minister des Aeußeren den Wunsch aus, für freiwillige Teilnahme Schwedens an dem Kampf der finnischen Ordnungsfreunde gegen die Anarchie mitzuwirken. Beide Minister erklärten, die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß ein offizielles Eingreifen jetzt nicht erfolgen könne.

Lenin gegen die Japaner in Wladiwostok.

(TU) Aus Wladiwostok wird gemeldet, daß dort wiederum zwei japanische Eisbrecher eingelaufen sind. Im Auftrage Lenins überreichten der Präsident des Stadtrates von Wladiwostok dem japanischen Generalkonsul einen formellen Protest, in dem es u. a. heißt: Da eine definitive Erlaubnis für das Einlaufen fremder Schiffe nach den Hafen von Wladiwostok einzig und allein von der republikanischen Regierung abhängig gemacht werden kann, erheben wir hierdurch im Namen dieser Regierung gegen die Ueberschreitung des Gesetzes den heftigsten Widerspruch und erachten das Besetzen der Stadt als einen Akt der Gewalttat gegen die republikanische Regierung. Was die seitens des japanischen Generalkonsuls vor einigen Tagen uns übergebene Note anbelangt, so drücken wir unser Erstaunen über deren Inhalt aus. Die Ruhe und Ordnung wurde in Wladiwostok nicht ein einziges Mal gestört und die Nachrichten der japanischen Presse über die Vorgänge in der Stadt entsprechen nicht den Tatsachen. Der Konsul sagt, daß die japanische Bevölkerung in ständiger Panik lebt. Der einzige Weg zur Beruhigung der ängstlichen Gemüter war die Aufrechterhaltung der freundlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Der Generalkonsul braucht sich nur an die örtlichen Behörden zu wenden und diese würden für die Beruhigung der japanischen Bürger gesorgt haben. Die russische republikanische Regierung macht die japanische Regierung darauf aufmerksam, daß die telegraphisch in ganz Rußland und im Ausland verbreiteten Nachrichten von der Besetzung der Stadt Wladiwostok eine Beunruhigung und ein Aergernis zwischen den russischen Bürgern hervorrufen. Das Einlaufen immer neuer japanischer Schiffe verstärkt noch diese Beunruhigung und wird durchaus nicht zu einer Bekräftigung der guten und freundschaftlichen Beziehungen, nach denen sich die russische demokratische Republik aufrichtig sehnt, beitragen können.

Die unerfüllten Versprechungen der Bolschewiki.

In der ersten Nummer der als „Wremja" wieder erscheinenden „Wetschernoje Wremja" vom 18. 1. schreibt B. Netschajew: Keine der Versprechungen der Bolschewisten ist erfüllt worden: Der Friede ist nicht gekommen; denn wenn selbst ein Sonderfrieden mit Deutschland um den Preis ungeheurer Annexionen und Kriegsentschädigungen auf Kosten Rußlands abgeschlossen werden wird — der Krieg nach außen ist bereits abgelöst durch den Bürgerkrieg im Innern Rußlands — Brot gibt es nicht und wird es nicht geben. Die Drohung, dem „Sabotage"-Treibenden kein Brot zu geben, ist an sich für memandem schrecklich. An Hunger zugrunde gehen werden alle in gleicher Weise, infolge des gänzlichen Fehlens der Lebensmittel überhaupt. Hierin ist es den Bolschewisten beinahe gelungen, die soziale Gleichheit durchzusetzen, aber auch das nicht einmal ganz. Der Reiche, der die Möglichkeit hat, 150 bis 200 Rubel für ein Pud Brotgetreide zu bezahlen, das auf Schleichwegen von bolschewistischen Soldaten unter Umgehung des Getreidemonopols vom Lande herangeschafft wird, kann sich länger durchschlagen als ein armer Teufel, für den ein solcher Preis unerschwinglich ist. Und Land? Ja, das Land ist genommen und verteilt. Aber nicht verteilt unter die „ärmsten" Bauern und Knechte, für die das bolschewistische Herz so lebhaft schlägt, sondern vorzugsweise unter die begüterten Schichten der Bauernschaft: unter die „kleinen Besitzer", die Kleinbürger aus der Mitte der Bauern, welche die bolschewistischer Führer als „realtionäre" Macht so sehr hassen. Also auch in der Landfrage völliger Mißerfolg. Ueberhaupt darf man sich fragen: Haben die Bolschewisten selber auf ein Gelingen der sozialen Revolution gerechnet oder haben sie sich in ihren Handlungen von anderen Zielen und Beweggründen leiten lassen, auf die die sozialistische — nicht bolschewistische — Presse

so unzweideutig hinweist? Unsere Generation hat es schwer, denn sie ist verurteilt, diese Versuche von fanatischen Toren und Provokatoren am eigenen Leibe durchzumachen. Jedenfalls ist gar nicht auszudenken, was aus Rußland in den nächsten Monaten wird.

Abtransport unsicherer russischer Regimenter.

(TU) Die Times erfährt aus Petersburg: Die russische Oberste Heeresleitung befahl den Abtransport einiger hauptsächlich aus Polen gebildeter Regimenter wegen der gereizten Stimmung dieser Verbände, deren Ursache in der kürzlich erfolgten Massenverhaftung polnischer Soldaten zu suchen ist.

1700 Russen nach Oesterreich übergegangen.

(TU) Aus Wien wird berichtet: Auf dem östlichen Kriegsschauplatz überschritten am 31. Januar über 1700 Russen mit Pferden und Fuhrwerk unsere Linien. Es sind dies Teile russischer Truppen, welche im Kampfe mit Rumänen gestanden hatten und sich vor diesen auf unser Gebiet zurückzogen.

Warum Deutschland

seine Truppen aus den besetzten Gebieten Rußlands nicht zurückziehen kann.

Oberst K. Egli schreibt in den „Basler Nachrichten" vom 29. 1.: Eine gewisse Grenzversicherung muß von seiten Deutschlands bis zum Eintritt geordneter Verhältnisse in Rußland wenigstens so lange stehen bleiben, bis die neugebildeten Staaten im Osten eine solche mit eigenen Mitteln übernehmen können. Die Bolschewiki suchen mit der Propaganda für ihre Ideen sowohl in die Truppen der Mittelmächte, als auch in die besetzten Gebiete überzugreifen, und es ist doch gewiß verständlich, daß dagegen Maßregeln getroffen werden. Aber auch militärisch wäre ein Rückzug der Truppen der Mittelmächte aus den besetzten Gebieten mit so bedeutenden Nachteilen verbunden, daß er als ausgeschlossen anzusehen ist. Die jetzigen Stellungen sind sorgfältig und mit großen Mitteln ausgebaut worden, so daß sie mit verhältnismäßig schwachen Kräften gehalten werden können. Als die Truppen der Mittelmächte diese Gebiete besetzten, fanden sie keine Verwaltung vor: stellenweise herrschte der Pöbel, die Felder waren nicht bestellt. Es mußte zunächst die ganze Staats- und Gemeindeverwaltung neu geschaffen werden, denn die russischen Beamten waren geflohen, und in der einheimischen Bevölkerung befanden sich sozusagen keine Elemente, die geeignet gewesen wären, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Dann wurde die Bewirtschaftung des Bodens in die Wege geleitet, und jetzt ist das ganze Gebiet angebaut und wirtschaftlich ausgenützt, wie nie unter der Russenherrschaft. Zehntausende aus Deutschland gelieferte Maschinen sind heute in den besetzte Gebieten. Die Vorarbeiten für die Ernte im Jahre 1918 sind bereits mit militärischer Hilfe gemacht. Allerdings geschah das alles nicht allein wegen der Bevölkerung der besetzten Gebiete, sondern vor allem im eigenen Interesse: die Ergebnisse der Ernte, welche die Bevölkerung nicht zu ihrem Unterhalte verbrauchte, wurden von den Militärbehörden zu eigenem Nutzen und für die Heimat verwendet. Darauf werden und können sie bis zum endgültigen Friedensschluß gewiß ebensowenig verzichten, als sie die mit vielen Mühen und Kosten geschaffenen geordneten Zustände in jenen Ländern der Anarchie überlassen dürfen, wie sie unter den von Osten kommenden Einflüssen in kürzester Zeit einreißen würde. Bis jetzt haben die Bolschewiki nur zerstört und verbraucht, aber noch nichts geschaffen und gesammelt. Solange die Russen selbst den Abschluß des Friedens verzögern, haben die Mittelmächte gewiß auch keinen Grund, auf die für sie in der jetzigen Lage doch recht wertvolle Arbeitskraft der russischen Kriegsgefangenen zu verzichten, deren Ausscheiden aus dem Wirtschaftsleben stellenweise recht unbequem wäre.

Anerkennung der Bolschewiki-Regierung durch England.

(TU) Die Morningpost will aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, daß die formelle Anerkennung der Bolschewiki-Regierung durch die britische Regierung in der nächsten Zeit bevorstehe.

Die Antwort des Entente-Kriegsrates an Hertling und Czernin.

(W) Reuter meldet: Ein amtlicher Bericht gibt bekannt: Die Versammlung der dritten Tagung des Obersten Kriegsrates fand vom 30. 1. bis zum 2. 2. in Versailles statt. Der Oberste Kriegsrat beschäftigte sich sehr eingehend mit den letzten Aeußerungen des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußeren. Er konnte aber keine tatsächliche Annäherung an die gemäßigten Bedingungen finden, die von allen Regierungen der Alliierten aufgestellt worden sind. Diese Ueberzeugung wurde nur vertieft durch den Eindruck, den der Gegensatz zwischen den verlautbarten idealen Zielen, mit denen die Mittelmächte in die gegenwärtigen Verhandlungen in Brest-Litowsk eintraten und ihren neuen offen und unverhüllt zutage liegenden Eroberungs- und Beraubungsplänen hervorrufen. Unter diesen Umständen entschied der Oberste Kriegsrat, daß die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten darin bestehe, mit der äußersten Kraftanstrengung und mit geschlossenster und wirksamster Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen der Alliierten fortzusetzen, bis deren Druck in den feindlichen Regierungen und Völkern einen solchen Stimmungsumschwung hervorgerufen hat, daß die Hoffnung auf den Abschluß eines Friedens unter Bedingungen sich rechtfertigen würde, die keine Aufgabe all der Grundsätze von Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Völkerrecht, für die die Alliierten eintraten, vor dem angriffslustigen Militarismus bedeutet. Die von dem Obersten Kriegsrat demgemäß angenommene Entschließung befaßt sich nicht allein mit der allgemeinen militärischen Kritik, die bei den Alliierten auf allen Hauptkriegsschauplätzen befolgt werden soll, sondern noch besonders mit der geschlossenen und wirksameren Zusammenfassung aller Anstrengungen der gegen die Mittelmächte kämpfenden Länder unter der Leitung des Kriegsrates. Der Wirkungskreis des Rates selbst wurde erweitert und die Grundsätze der Einheit in Politik und Handel, wie sie im vergangenen November in Rapolla aufgestellt wurden in einer konkreten und praktischen Weise ausgebaut. Nach ausgiebigster Erörterung der zu befolgenden Politik und der Maßnahmen zu ihrer Durchführung kam es zu einer vollen Uebereinstimmung. Die Alliierten sind innerlich einig. Sie wollen nicht durch irgend welche geheimen Pläne siegen, sondern durch den offenen Entschluß, die Zivilisation gegen den gewissenlosen brutalen Versuch, zur Herrschaft zu gelangen, verteidigen. diese Einmütigkeit ist gleich stark hinsichtlich der einzuschlagenden militärischen Politik wie der zu ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen. Sie wird die Alliierten in den Stand setzen, der Gewalttätigkeit der feindlichen Angriffe mit festem und ruhigem Zutrauen zu begegnen, mit äußerster Kraft und aus dem Wissen heraus, daß weder ihre Kraft noch Standhaftigkeit erschüttert werden könne. Die ausgezeichneten Soldaten ihrer freien Demokratien haben sich einen Platz in der Geschichte errungen durch ihre Tapferkeit und ihren Heldenmut und nicht weniger die edle Ausdauer, mit der unsere Bevölkerung ihre täglichen Lasten und Prüfungen und des Leides erträgt, zeugen für die Kraft der Grundsätze der Freiheit, die den militärischen Erfolg der Alliierten mit dem Ruhm des großen moralischen Triumpfes krönen werden.

Neue schwerwiegende Ereignisse in Portugal.

(TU) **Die Agentur Radio drahtet aus Madrid, daß im Laufe der vergangenen Nacht Gerüchte über neue schwerwiegende Ereignisse aus Portugal eingetroffen sind. Reisende aus Vigo berichten, daß sie in größter Eile abreisen mußten, weil der Zugverkehr infolge von Unruhen unterbrochen wurde.**

Bruch Argentiniens mit den Mittelmächten?

(TU) Das holländische Nieuwe Bureau meldet aus London: Die argentinische Regierung beschloß, ihre militärischen Attachees in Wien und Berlin zurückzuberufen.

*

Zur Kriegslage

schreibt H. Stegemann im „Bund": Bis vor wenigen Tagen herrschte, abgesehen von kleinen, örtlich bedingten und örtlich gebundenen Erkundungen und Gefechten, auf allen Schauplätzen des weitgespannten Krieges Operationsstille. Diese war nicht nur durch die Jahreszeit, nicht nur durch den Ablauf großer, von beiden Parteien bestimmten Bewegungen und Kampfhandlungen zu erklären, sondern lag auch politisch vorgezeichnet, da den schwerflüssigen Brest-Litowsker Friedensverhandlungen diplomatische Aussprachen gefolgt waren, die der allgemeinen Friedenssehnsucht Rechnung zu tragen suchten und trotz aller noch bestehender Gegensätze auf Verständigung gerichtet scheinen. Gingen auch die Vorbereitungen zu einer deutschen Offensive im Westen ihren Gang, so war doch der letzte zwingende Anlaß zur Entfesselung einer solchen Entscheidungsoperation noch nicht gegeben.

Es erregt daher Staunen, daß nun die italienische Heeresleitung zu einer Angriffshandlung größeren Stils übergegangen ist. Der Kanonendonner, der vorbedeutend seit einigen Tagen von der Hochfläche der Sieben Gemeinden und aus dem Gebirgsstock des Melagomassivs herüberklang, fügte sich nicht in die allgemeine militärpolitische Situation. Zwar läßt sich nicht unterscheiden, ob die Italiener sich am rechten Brentaufer im Raume Valstagna nach dem Falle des Col del Rosso und des Monte di Val Bella so bedrängt fühlten, daß sie vorgehen mußten, um den Zusammenbruch ihrer Stellungen um Valstagna zu verhindern; es ist aber nicht zu bestreiten, daß der Angriff, den sie am 28. Januar ausgelöst haben, unter Umständen den Charakter eines Eröffnungszuges zu einer neuen Partie auf dem westlichen, jetzt allein maßgebenden Kriegsschauplatz trägt. Wir verstehen unter dem westlichen Kriegsschauplatz bekanntlich nicht nur die alte Westfront, sondern auch die italienische Front, die jetzt als rechter Flügel der Ententefront zwischen Piave und Yser erscheint.

Die Lage der Italiener war schon am 30. Dezember als erleichtert zu betrachten, da damals deutsche Truppen aus der italienischen Front gezogen wurden und die Oesterreicher sich zur Verteidigung der erstrittenen Positionen einrichteten. Solange man auf beiden Seiten auf Angriffe größeren Stils verzichtete, war die Lage scheinbar im Gleichgewicht und konnte auch von der italienischen Heeresleitung als im Gleichgewicht schwebend betrachtet werden, obwohl das strategische Verhältnis sich zu Ungunsten des italienischen Heeres aussprach. Als die Armee Duchesne am 30. Dezember westlich der Höhe 868 am Monte Tomba angriff und dort in österreichische Gräben drang, bezeichneten wir dies als Uebergang der Alliierten zur aktiven Defensive. Diese Kennzeichnung wurde durch die Ausräumung der Piaveschleife von Zenson verstärkt, die am 1. Januar von den Italienern wieder besetzt wurde. Seither blieb die Lage unverändert, da die Oesterreicher auf größere Gegenaktionen verzichteten. Sie hatten zu solchen keinen zwingenden strategischen Anlaß, waren überdies mit dem Aufbau der Front beschäftigt, die von der Piavemündung bis zur Brenta und vielleicht noch darüber hinaus einheitlich gestaltet wurde und konnten darauf hinweisen, daß sie an die Stelle der militärischen die diplomatische Offensive gesetzt hatten, die sie auf Grund der außerordentlich günstig gestalteten Kriegslage und zur Erleichterung der allgemeinen politischen Lage eingeleitet hatten.

In diese noch ungeklärte, aber mit großem Schwung geführte diplomatische Aktion des Grafen Czernin reißt nun der mit versammelter Kraft geführte strategische Vorstoß der Italiener am Col del Rosso eine Lücke. Wir werden dadurch mit einem Schlage wieder auf das kriegerische Problem hingewiesen, das in Vergessenheit zu geraten begann. Gelingt es den Italienern, sich an der Brentaklamm Luft zu machen und zu Angriffen überzugehen, die die österreichische Front in Atem halten, so stellen sie dadurch zwar nicht die militärischen Erfolge der Mittelmächte am Isonzo und in der venezianischen Ebene in Frage, wohl aber ihre politischen Ansprüche erneut zur Erörterung. Der italienische Angriff galt zweifellos zunächst der Rückgewinnung der Begleithöhen der Frenzelaschlucht und hat in dieser Richtung stellenweise Boden gewonnen, indem er am 28. Januar auf dem rechten Flügel in die österreichischen Gräben drang und am 29. Januar bestimmte operative Ziele erreichte. Sowohl der Col del Rosso als auch der Monte di Val Bella gingen von Hand zu Hand, bis die Italiener sie zurückgewannen.

Wir werden sehen, ob es dabei bleibt oder General Diaz nun bei Asiago links ausgreift, wenn nicht gar General Fayolle zwischen Brenta und Piave durch erneutes Vorgehen am Monte Grappa, im besonderen am Monte Tomba, die Entscheidung zu bestimmen strebt. Die Italiener haben ohne Zweifel den Eröffnungszug in dem neuen Feldzug getan, der ins Jahr 1918 weist und die Westfront aus trügerischer Ruhe reißt. Es liegt nahe, anzunehmen, daß dadurch Gegenmaßnahmen auf deutscher und österreichischer Seite bedingt werden, die vielleicht weniger auf dem italienischen Kriegsschauplatz als vielmehr an der alten Westfront in die Erscheinung treten werden. Der deutsche Aufmarsch zur zweiten großen Offensive im Westen — die erste liegt über drei Jahre zurück — wird durch die italienische Aktion vielleicht eher beschleunigt als gehemmt und der Krieg aufs neue dem Austrag mit dem Schwerte anheimgestellt.

Es ist möglich, daß wir infolge dieser Wiederaufnahme bestimmt zugespitzter Kämpfe einer großen deutschen Offensive im Westen näher gekommen sind, als man vorgestern noch für wahrscheinlich halten konnte.

*

Der Bericht des Grossen Hauptquartiers.

W Großes Hauptquartier, 4. Febr. (Mitteilung der obersten Heeresleitung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front Artillerietätigkeit, die sich namentlich in Flandern zwischen dem Houthoulsterwalde und der Lys sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerte. Westlich von Bellicourt scheiterte ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer. An der Ailette nördlich Braye drangen die Franzosen vorübergehend in unsere Postenstellung ein. Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezonvaux 19 Gefangene aus den französischen Gräben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Etsch und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Abendbericht: Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der französische Bericht.

(W) Französischer Heeresbericht vom 3. Febr., nachmittags. Starke Tätigkeit der beiden Artillerien an der Front nördlich der Aisne und in der Gegend von Four de Paris. Deutsche Handstreiche gegen kleinere französische Posten südlich Lombartzyde, am rechten Maas-Ufer, nördlich der Höhe 344, in Lothringen nördlich Bures und im Elsaß am Rhone-Rheinkanal scheiterten.

Der englische Bericht.

(W) Englischer Heeresbericht vom 3. Febr., nachmittags. Nach dem im letzten Abendbericht gemeldeten Vorstoße unternahm der Feind gestern früh im Poelcapelle-Abschnitt einen zweiten Vorstoß, der durch Maschinengewehrfeuer abgewiesen wurde, während in der Nacht Patrouillenzusammenstöße bei Hericourt südlich Lens zu unseren Gunsten verliefen. Die feindliche Artillerie zeigte einige Tätigkeit in der Nachbarschaft von La Vacquerie und südlich Lens.

(W) Englischer Bericht vom 3. Februar, abends. Ein feindlicher Stoßtrupp wurde zu Beginn der vergangenen Nacht mit Verlusten von einem unserer Posten östlich vom Polygon-Walde zurückgeschlagen. Wir hatten keine Verluste. Die feindliche Artillerie war heute südöstlich Epehy in der Umgebung der Straße Arras—Cambrai, südlich Armentieres und im Ypern-Abschnitt tätig.

*

Der italienische Krieg.

Der österreichische Bericht.

(Amtliche Meldung vom 4. Februar.)

Zwischen Etsch und Piave lebhafter Artilleriekampf. Oestlich der Brenta wurden zwei feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen.

Italienischer Bericht.

(W) Amtlicher Bericht vom 3. Februar. Mäßige Artillerietätigkeit vom Stilfser Joch bis zum Piave, lebhaftere am Unterlauf dieses Flusses. Der Feind ließ in der Gegend des Monte Pasubio Minen springen, aber ohne Erfolg zu erzielen. Patrouillengefechte auf den Höhen nordöstlich des Monte Grappa. Begünstigt durch das schöne Wetter blieb unsre Fliegertätigkeit gegen feindliche militärische Ziele lebhaft. Wasserflugzeuge der königlichen Marine arbeiteten wirksam mit Landflugzeugen zusammen in der Gegend östlich des alten Piave. Unsre Flugzeuggeschwader bewarfen Verkehrsknotenpunkte und Verbindungslinien hinter der feindlichen Front in der Gegend der Hochfläche von Asiago. Unsre Bombengeschwader beschädigten letzte Nacht österreichische Telegraphenanlagen in Gazzonezzo und am Monte Novero. Tagsüber schossen wir acht feindliche Flugzeuge ab; eines wurde von unsrer Luftabwehr bei Mereno getroffen, ein andres wurde bei Primolano, sechs andre von den englischen Fliegern heruntergeholt, die außerdem einen feindlichen Fesselballon nahe dem Piave zerstörten.

Neue U-Booterfolge im Mittelmeer.

(W) Amtlich wird gemeldet: Der feindliche Transportverkehr nach dem Orient und Italien wurde durch unsere Unterseeboote im mittleren und besonders im östlichen Teile des Mittelmeeres durch Vernichtung von vier Dampfern und vier Seglern wieder erheblich geschädigt. Einer der versenkten Dampfer scheint der bewaffnete englische Dampfer „Hampstead" (3447 T.) gewesen zu sein. Der vernichtete italienische Segler „Giuseppe" hatte Phosphat geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ueber Versenkungen von Phosphat

wurde schon öfters berichtet. Es zählt zu den Düngemitteln, die übersee in die feindlichen Mittelmeerländer geführt werden müssen, um dort die sinkenden Erträgnisse der Landwirtschaft zu steigern. U-Bootskrieg und Schiffsraummangel verursachten im vergangenen Jahre einen gewaltigen Rückgang der Ausfuhr phosphorhaltiger Düngemittel nach Italien. Diese fiel nach dem „Economist" vom 5. Januar im Hafen von Genua, dem Haupteinfuhrhafen Italiens, von 98 638 Tonnen im Jahre 1915 auf 38 578 Tonnen im Jahre 1917. Daraus folgt klar der Schaden, den die Ernährung unserer Feinde auf diesem mittelbaren Wege erleidet.

Ein raffinierter Ostseeplan Englands.

England soll laut „Köln. Ztg." die Bildung eines nordischen Bundes anstreben, der aus den skandinavischen Mächten, Finnland und den baltischen Provinzen bestehen soll. Einer Ausdehnung des deutschen Einflusses auf die baltischen Provinzen steht England absolut feindlich gegenüber, da es hierin eine Bedrohung seiner Aus- und Einführung nach Rußland, die bisher fast ausschließlich über die baltischen Häfen ging, erblickt. Zum Schutze seiner Interessen hat England dem Vernehmen nach Beziehungen zu estnischen und lettischen Kreisen angeknüpft, mit deren Hilfe es dem deutschen Einfluß in den baltischen Provinzen entgegenarbeitet. Im Zusammenhang mit diesem Vorgehen steht auch das Bestreben, möglichst viel Land und Boden in den baltischen Provinzen in englischen Besitz zu bringen. Obwohl diese neuen Einkreisungsgelüste Englands keine Aussicht auf Erfolg haben, wird die deutsche Regierung ihnen gegenüber Wachsamkeit üben müssen.

*

Das Ende des Streiks.

(TU) Der Streik in Großberlin konnte am gestrigen Montag wohl so ziemlich als beendet angesehen werden. Die Zahl der Streikenden hat weiter abgenommen; sie verringerte sich im Laufe des Montags ständig. In den Betrieben, die durch Verfügung des Oberkommandierenden in den Marken unter militärische Aufsicht gestellt worden sind, kann von einem Streik seit dem gestrigen Montag früh nicht mehr gesprochen werden; die ausständigen Arbeiter sind zum allergrößten Teile gestern morgen zur gewohnten Stunde zur Arbeit erschienen. Mit Bedauern haben die Ausständigen in ihrer überwiegenden Mehrheit die vorgefallenen Krawalle und Tumulte mit angesehen und verurteilt. Es stellt sich immer mehr heraus, daß es fast ausschließlich der Mob gewesen ist, der diese wüsten Szenen herbeigeführt hat.

Abgeordneter Dittmann zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt.

(TU) In der gestrigen Sitzung des außerordentlichen Kriegsgerichts vor dem Landgericht II, Berlin, fand die Hauptverhandlung gegen den Reichstagsabgeordneten Dittmann von der Partei der unabhängigen Sozialdemokraten an. Vorsitzender war Landgerichtsdirektor Leue, Berichterstatter Kriegsgerichtsrat Dr. Köhler, Verteidiger die Rechtsanwälte Haase und Dr. Herzfeld. Der Berichterstatter beantragte wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen den § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt sechs Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Das Gericht erkannte auf fünf Jahre Festungshaft wegen versuchten Landesverrats in Tateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz über den Belagerungszustand und auf zwei Monate Gefängnis wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Das Gericht nahm das Vorhandensein mildernder Umstände an und erkannte auf Festungshaft, weil es nicht feststellen zu können glaubte, daß die Strafe aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen wäre.

*

Holländische Arbeiter nach Deutschland

Infolge der durch Kohlenmangel verursachten Einschränkung sämtlicher industrieller Betriebe in Holland werden in der nächsten Zeit dem Amsterdamer „Telegraph" zufolge große Mengen holländischer Arbeiter (das Blatt spricht von 70 000 Mann) nach Deutschland kommen, um in industriellen und kriegswirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung zu suchen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Senator Hughes, ein Freund Wilsons, ist vorgestern an Lungenentzündung gestorben. Hughes war einer der rührigsten Vorkämpfer für das Eingreifen Amerikas.

In den Brest-Litowsker Verhandlungen

gab es am Freitag wieder ausgedehnte Debatten über die Anerkennung der ukrainischen Friedensdelegation. Herr Sewrjak, der anstelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung der ukrainischen Rada den Vorsitz derselben übernahm, wies auf das in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 verlesene Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7. November a. St. hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung bestimmt worden sei. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissare als auch durch die Vertreter der Vierbundmächte anerkannt worden. Dementsprechend sei dann auch während des ganzen Ganges der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung die ukrainische Delegation von allen Konferenzparteien stets als die Delegation eines unabhängigen Staates angesehen worden. Nach der Unterbrechung habe nunmehr Herr Trotzki versucht, die Stellung und Rechte der ukrainischen Delegation zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nicht erwähnte Vorhandensein des Exekutivausschusses in Charkow berufen habe. Die ukrainische Delegation gab deshalb folgende Erklärung ab: „Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn Trotzki, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, die aber ganz anderer Natur sind, als die, auf welche Herr Trotzki hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhang mit dem vierten Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar. In diesem heißt es: „Von nun ab bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen, von niemand abhängigen freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes."

Hierzu müsse er bemerken, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik bestrebt gewesen sei, einen Bund aller Republiken zu schaffen, welche auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches entstanden seien und eine gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden. Da aber trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein derartiges gemeinsames föderatives Organ nicht zustandegekommen sei und da aus der augenblicklichen Lage hervorgehe, daß ein solches nicht zustandekommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallen lassen müssen und habe die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemandem abhängigen Staate proklamiert. Die ukrainische Rada habe erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen dürfe. Die Berufung Herrn Trotzkis darauf, daß die ukrainische Delegation keine Berechtigung habe, weil sie nicht vom Exekutivausschuß in Charkow anerkannt sei, wäre nicht stichhaltig. Um für die Folge allen falschen Auslegungen vorzubeugen, beantrage die ukrainische Delegation, die ukrainische Regierung als einen selbständigen und völlig unabhängigen Staat formell anzuerkennen.

Hierauf gab auf Aufforderung des Herrn Trotzki der der russischen Delegation angehörende Vertreter des russischen Exekutivausschusses Mjedwjedeff eine Erklärung ab, in welcher er ausführte, der ukrainische Exekutivausschuß habe von Anfang an die Kiewer Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Das ukrainische Volk werde Uebereinkommen und Verträge mit der Kiewer Rada nicht anerkennen. Dieselben würden nicht zum Leben gelangen, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik anerkannt und gutgeheißen seien. — Anknüpfend hieran führte Trotzki aus: Es sei nicht zu bestreiten, daß er seinerzeit erklärt habe, daß zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehende Konflikte keinen Einfluß darauf ausüben, daß er die Ukraine als einen unabhängigen Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung gedeckt werden. Er, Trotzki, habe damals ohne einen Protest seitens der Delegation der Kiewer Rada hervorzurufen, darauf hingewiesen, daß gerade infolge der vorläufig noch ungeklärten Fragen eine vorhergehende Einigung der beiden hier vertretenen Delegationen notwendig sei. Diese Erklärung habe auch eine negative Seite, d. h. jedes Einvernehmen zwischen der Kiewer Rada und den Mittelmächten, welches wegen der noch nicht erfolgten Abgrenzung zwischen diesen beiden Staaten einen Widerspruch von seiten der russischen Delegation hervorrufe, verliere dadurch seine Kraft und werde von selbst hinfällig. Solange die Delegation der Kiewer Rada ihre Vollmacht beibehalte, erhebe er keinen Einspruch gegen deren selbständige Teilnahme an den Verhandlungen. Er müsse aber jetzt, wo auch Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses in den Verband der russischen Delegation eingetreten seien, mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß derartige Abkommen mit der Kiewer Rada die Anerkennung finden könnten, die auch von seiten der russischen Delegation anerkannt würden.

Das Mitglied der ukrainischen Delegation Herr Lubinetzky legte dar, daß die in Brest-Litowsk versammelten Vertreter derjenigen Staaten, die einen Friedensschluß erstreben, sich nicht über innere Angelegenheiten hier auszusprechen haben. Die vollständige Unabhängigkeit unserer Republik nötigt uns, mit entschiedenem Protest gegen falsche Behauptungen aufzutreten, die in unserer Abwesenheit von Herrn Trotzki gemacht worden sind. Redner führt dann weiter aus, daß am Steuerruder der ukrainischen Republik im Lauf des verflossenen Jahres verschiedene Regierungen gestanden haben, alle solidarisch in dem gierigen Wunsch die neu entstehenden Völker zu erdrosseln. Der ukrainische Abgeordnete entwickelte dann des eingehenden, wie die ukrainische Rada entstand, wie das ukrainische Volk Schritt für Schritt sich durch eigene Arbeit seinen Staat geschaffen habe und daß zu einer Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine seitens der Petersburger Regierung kein Grund vorliege. Er legte des weiteren dar, wie die Wahlen zur konstituierenden Versammlung mit einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada geendigt hätten. Die neue Regierung der ukrainischen Republik in Charkow stütze sich nur auf die von den Volkskommissaren dorthin entsandten, plündernden und raubenden organisierten Banden der Roten Garde. — Lublinski schloß in seinen Ausführungen mit den Worten: „Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinien stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns Recht hat und wer die Schuld hat, wer Sozialist ist, wir Gegenrevolutionäre, wer schafft und wer das Geschaffene zerstört.

Der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation Graf Czernin kam auf die früheren Vorgänge zur Anerkennung der ukrainischen Delegation, nach denen er in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben habe: Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen Volksrepublik an. Im Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und aktiviert werden könnten, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland formell bestätigt seien, gibt die Delegation der vier verbündeten Mächte angesichts des eben dargelegten Standpunktes der Delegation des Kiewer Volksministerrats folgende Erklärung ab: Wir haben keinen Anlaß die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien, souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Herr Trotzki bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatlichkeit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Bei Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Westfalen u. Rheinland.

Altenbögge, 5. Febr. **(Gegen den Streik.)** Im Lokale des Herrn Joh. Hagemeier-Bönen tagte Sonntag eine außerordentlich stark besuchte Versammlung des christlichen Gewerkvereins Zahlstelle Altenbögge. Es fanden nach einem Vortrage über „Streik und seine Folgen" lebhafte Aussprechungen statt, die alle in dem einen Ziel sich äußerten: „Wir christlichen Arbeiter werden unter keinen Umständen die Arbeit niederlegen und auch etwaigen Gewaltversuchen mutig trotzen." Unter begeistertem Beifall wurde folgende Resolution gefaßt: „Die heute im Lokale des Herrn Hagemeier-Bönen tagende Versammlung der christlichen Gewerkschaften, Zahlstelle Altenbögge, weist mit Entrüstung jede Streikbewegung zurück. Sie erklärt einstimmig einen jeden Streik im Kriege für Verrat an der hl. Sache des Vaterlandes. Sie wird an der Arbeit festhalten und läßt sich in keiner Weise von der Streikbewegung beeinflussen und verspricht ständige Treue gegen Kaiser und Reich!" — Ein jubelndes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und das deutsche Vaterland erbrachte den Beweis, daß es den christlichen Arbeitern mit ihrem Treugelöbnis ernst war.

Lerche, 5. Febr. **(Vereitelter Einbruch.)** Fünf Einbrecher versuchten in der Nacht zum Sonntag in den Keller des Gemeinde-Vorstehers Stamm einzudringen. Die schwere Eisentür, die den Eingang in den Keller sperrte, hatten die Burschen schon aus den Bruchsteinen losgelöst, als Herr Stamm durch das Geräusch aufgeweckt wurde. Als die Nachtarbeiter sich bemerkt sahen, nahmen sie Reißaus.

Overberge, 5. Febr. **Drei Schweine** wurden dem Gutsbesitzer Schulze-Baersthausen in seiner Stallung in der Nacht zum Sonntag abgeschlachtet und mitgenommen. Anscheinend handelt es sich um die Einbrecher, welche vorher bei dem Gutsbesitzer Stamm in Lerche einzudringen versuchten.

Dortmund, 4. Febr. **(30 Hühner gestohlen.)** Auf dem Hofe des hiesigen Bezirkskommandos an der Nikolaistraße wird, wie die „D. Ztg." meldet, außer Gartenwirtschaft auch Hühnerzucht getrieben, um den Tisch der Mannschaften etwas reichlicher decken zu können, als es sonst der Fall sein würde. Allgemein freute man sich im Bezirkskommando, daß die Hühnerschar prächtig gedieh und fleißig Eier legte. Erwartungsvoll sah man vor allem der neuen Legezeit entgegen. Da kam ein Dieb und machte einen dicken Strich durch all die Pläne. In einer der letzten Nächte erspähte er eine günstige Gelegenheit, schlich sich mit einem Wagen und einem Korbe in den Hof des Bezirkskommandos, suchte den Hühnerstall auf, drang ein und brachte etwa 30 Stück der gackernden Tierchen mitleidslos ums Leben, indem er ihnen die Köpfe abschnitt. Dann packte er die Hühnerleichen sorgfältig in den Korb und schob ihn zum Tore hinaus. Noch in letzter Minute wäre er beinahe festgehalten und um den Erfolg seiner nächtlichen Arbeit gebracht worden, wenn er es nicht verstanden hätte, durch eine kluge Ausrede jeden Verdacht von sich zu nehmen und sich freie Fahrt nach seinem Daheim, das man jetzt ausfindig zu machen bestrebt ist, zu verschaffen.

Hörde, 5. Febr. **(Tödlich verunglückt.)** Auf dem Hochofenwerk erlitt am vergangenen Sonnabend der Hochofenarbeiter Aug. Bennhaus in Ausübung seiner Berufstätigkeit eine schwere Beinverletzung, die nach seiner Einlieferung im Hüttenhospital die sofortige Amputation des Beines bedingte. Der Verunglückte, der ca. 49 Jahre seine Arbeitskraft dem Phönix bezw. Hörder Verein gewidmet hat, starb jedoch alsbald nach der Operation. — Am Samstag nachmittag ereignete sich in der Mechanischen Werkstatt auf dem Phönix ein weiterer tödlicher Unglücksfall. Der 16jährige Dreher Oskar Dickerhoff aus der Berghofermark war damit beschäftigt, seine Hobelbank zu reinigen, wobei er so unglücklich zu Falle kam, daß er auf der Stelle tot war.

Barop, 4. Febr. **Wegen Vergehens gegen die Kriegsgesetze** verhandelte die Strafkammer gegen den Bäckermeister August Hernekamp aus Dortmund, den Bäckermeister Emil Dahlmann aus Barmen, den Konditor Karl Dahlmann aus Menglinghausen, den Kaufmann Emil Haumann aus Barop und die Ehefrau Bäckermeister Hermann Sieber aus Dortmund. Der erste Angeklagte kaufte von einem Holländer etwa 130 Zentner reines Weizenmehl und bezahlte den Sack mit 160 Mark. Der größte Teil des Mehles wurde per Fuhre von Dortmund nach Barop geschafft, um auf dem Haumannschen Lagerplatze dortselbst umgeladen und mittels Automobils nach Barmen geschafft zu werden. Abnehmer war der Bäckermeister Emil Dahlmann, der das Mehl angeblich zur Herstellung von Honigkuchen benutzte. Die übrigen Angeschuldigten haben nur geringe Quantitäten erhalten und zwar Haumann 3 Zentner, um dasselbe an seine Angestellten zu dem in der Gemeinde vorgeschriebenen Preise abzugeben. Wie feststeht, erfolgte die Anzeige durch den bei der Firma Haumann in Diensten gewesenen Chauffeur, der zuerst ein ihm angebotenes Schweigegeld von Hernekamp in Höhe von 520 Mark annahm, dann dasselbe dem Amte ablieferte. Die Angeschuldigten waren des ihnen zur Last gelegten Vergehens geständig, und da eine erhebliche Ueberschreitung des Höchstpreises vorlag (dieser war damals im Kreise Hörde auf 25 Pfg. per Pfund festgesetzt), beantragte der Vertreter der Anklage gegen Hernekamp und Emil Dahlmann wegen Höchstpreisüberschreitung und Nichtanmeldung von Mehlbeständen eine Geldstrafe von je 10 500 Mk., gegen Karl Dahlmann wegen Beihülfe eine Geldstrafe von 5500 Mk., gegen Haumann und Frau Sieber 200 bezw. 300 Mk. Geldstrafe. Auf Antrag des Verteidigers des Angeklagten Hernekamp mußte das Gericht die Vertagung der Sache beschließen, da die Höchstpreisveränderungen im Eröffnungsbeschluß nicht angezogen waren, der Staatsanwaltschaft wurde aufgegeben, die Verordnungen einzufordern.

Bochum, 4. Febr. **Ein furchtbarer Mord** ist in der Gemeinde Riemke verübt worden. Einbrecher drangen in das in der Hernerstraße gelegene Schuhwarengeschäft der Witwe Wilhelm Mockler ein. Dabei sollen sie eine größere Summe Geldes geraubt haben. Als man das Schlafzimmer der Geschäftsinhaberin betrat, fand man Frau Mockler mit durchschnittener Kehle in ihrem Blute liegend im Bette vor. Frau Mockler bewohnte das Haus allein. Ihr Sohn steht im Felde und die Gesellen schlafen in einem der Werkstatt angelehnten Anbau. Von den Verübern der grausigen Tat fehlt bis jetzt jede Spur.

Weitere Kriegsnachrichten.

Russischer Angriff auf Galatz!

(bb) Der Berichterstatter der „Times" bei der rumänischen Armee telegraphiert, daß russische Truppen in der Nähe von Galatz einen Angriff auf Galatz vorbereiten und heftiges Sperrfeuer auf die Straße Galatz—Perhea richten, um zu verhindern, daß rumänische Truppen der Garnison in Galatz zu Hilfe eilen können.

Eine Brücke über den Bosporus.

(W) Die türkische Regierung hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, in dem Kredite angesprochen werden zur Prüfung der Frage der Herstellung einer Brücke und eines Tunnels, die Europa mit Asien verbinden sollen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Zum Jahrestage des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat der Kaiser dem Chef des Admiralstabes v. Holtzendorff und dem Chef der Hochseestreitkräfte Admiral Scheer das Eichenlaub zum Orden Pour le merite verliehen.

Nachdem Asquith bereits seinen ältesten Sohn im Kriege verloren hatte, ist jetzt auch sein zweiter Sohn so schwer verwundet worden, daß ihm der Fuß abgenommen werden mußte. Asquith befindet sich in Frankreich.

Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kaiser ernannte die Generalobersten von Böhm-Ermolli und Boroevic zu Feldmarschällen.

In Helsingfors und Stockholm ist die Nachricht verbreitet, daß die Russen die Alandsinseln geräumt hätten.

Nach einem Bericht aus Petersburg bereitet die russische Regierung einen Gesetzentwurf zur Trennung von Kirche und Staat und zur Abschaffung des Eides vor.

(TU) Aus Petersburg wird gemeldet: Die direkte telegraphische Verbindung zwischen Moskau und Berlin wird wiederhergestellt werden.

Worte für unsere Zeit.

Wer für sein Vaterland in den Tod geht, ist von der Täuschung frei geworden, welche das Dasein auf die eigene Person beschränkt; er dehnt sein eigenes Wesen auf seine Landsleute aus, in denen er fortlebt, ja, auf die kommenden Geschlechter derselben, für welche er wirkt.

Schopenhauer.

Es gibt ein Glück.

Roman von H. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

(53. Fortsetzung.)

Frau v. Ribnitz krampfte ihre Hände zusammen, um das Zittern derselben zu verbergen. Sie verfärbte sich jäh.

„Ihre Ueberzeugung entspringt natürlich dem Wunsch, daß meine Nichte gesund sein möchte, um heiraten zu können," sagte sie heiser und höhnisch und doch ein wenig unsicher.

Das entging Henner keineswegs.

„Pardon, meine Gnädigste — ich denke, von dem Wunsch sind alle Menschen beseelt, die Fräulein von Waldeck kennen — Sie doch sicher am meisten."

Es lag ein geschärfter Klang in seinen Worten und sein Blick ruhte fest und forschend auf ihrem erblaßten Antlitz.

„Das ist selbstverständlich," stieß sie hastig hervor. „Ich umgebe meine Nichte mit aller erdenklichen Sorgfalt, um einen Ausbruch des Leidens zu verhindern, dessen Veranlagung sie von ihrer Mutter leider Gottes geerbt hat. Aber ich weiß leider auch zu genau, daß ihr jede Aufregung schadet und daß an eine Ehe gar nicht zu denken ist. Es hat auch, wie ich Ihnen wiederhole, gar keinen Zweck, meine Nichte mit Ihrer Angelegenheit zu behelligen. Sie würde Ihnen genau wie ich, einen entschieden abschlägigen Bescheid geben."

„Sind Sie dessen so sicher, gnädige Frau?"

„Gewiß, ganz sicher."

„Sie verweigern mir also unter jeder Bedingung eine Unterredung mit Fräulein von Waldeck?"

„Jawohl — unter jeder Bedingung. Und nun darf ich wohl unsre Unterredung als beendet ansehen. Und danach ist es wohl für Sie so wünschenswert als für uns, wenn Sie Waldeck in Zukunft vermeiden. Ich werde auch dafür sorgen, daß Ihnen meine Nichte nicht an andrer Stelle begegnet."

Henner trat einen Schritt auf sie zu und sah sie mit blitzenden Augen an.

„Sind Sie sich auch klar darüber, meine Gnädigste, daß dies eine Vergewaltigung ist? Fräulein v. Waldeck hat doch wohl das Recht, zu erfahren, daß ich um ihre Hand angehalten habe. Oder gedenken Sie, meine Werbung zu unterschlagen?"

Das kam scharf und drohend von seinen Lippen.

Herta v. Ribnitz zuckte wie unter einem Schlag zusammen. Aber dann richtete sie sich stolz empor und sah ihn kalt und ruhig an. So leicht ließ sich diese Frau nicht entwaffnen.

„Sie vergessen sich, Herr v. Tecklenburg! Ich will das Ihrer Enttäuschung zugute halten. Es mag bitter genug für Sie sein, jede Hoffnung aufgeben zu müssen, sich mit Hilfe meiner Nichte in gesicherte Verhältnisse zu retten. Es liegt durchaus nicht in meiner Absicht, Ihre Werbung zu unterschlagen, aber ich will sie schonend davon unterrichten, damit sie sich nicht aufregt. Und wenn Sie es durchaus ganz deutlich hören wollen — meine Nichte hat, gleich mir, gewußt, daß Sie die Absicht haben würden, um sie zu werben. Ich selbst habe sie darauf hingewiesen. Und es entspricht ganz ihren Wünschen, daß ich Sie abweise, sie denkt nicht daran, sich jemals zu verheiraten. Wenn Ihnen diese meine Versicherung nicht genügt, werde ich meine Nichte bitten, Ihnen eine schriftliche Ablehnung Ihres Antrags zuzusenden, sobald ich sie schonend damit vertraut gemacht habe. Und nun haben wir uns wohl nichts mehr zu sagen."

Henner war ein wenig blaß geworden. Er konnte nicht an der Wahrheit ihrer Worte zweifeln und mußte annehmen, daß Rose-Marie wirklich seinen Antrag ablehnen würde. Gar zu sicher und bestimmt hatten die letzten Worte seiner Gegnerin geklungen. Er ahnte ja nicht, daß es sich bei ihr um ein Vabanquespiel handelte, und daß sie Wahrheit und Dichtung geschickt vermischte, um ihn unschädlich zu machen.

Einen Moment sah er ihr noch forschend in das unbewegte Gesicht. Daß sie Rose-Marie nach Kräften beeinflußt hatte, schien ihm gewiß. Aber was konnte er dagegen tun, wenn ihm die junge Dame schriftlich in aller Form einen Korb erteilte? Nichts, als sich fügen.

„Ich werde diesen schriftlichen Bescheid von Fräulein v. Waldeck erwarten," sagte er kurz.

Dann verneigte er sich und verließ das Zimmer.

Hochaufgerichtet blieb Herta von Ribnitz mitten im Zimmer stehen und sah ihm nach. Sie preßte mit einem zitternden Atemzug die Hände auf das wildklopfende Herz und ihre Augen blickten düster.

„Soll ich all diese qualvollen Jahre ertragen, diese mich selbst erniedrigende Komödie gespielt haben, um nun diesem Abenteurer auszuliefern, was ich mit allen Kräften, mit Verleugnung meines Stolzes und meiner Gewissensruhe zu halten strebte? Nein, nein — ich lasse mir nicht aus den Händen reißen, was ich meinem Sohn erringen will um jeden Preis."

Um jeden Preis?

Sie schauerte zusammen und biß die Zähne wie im Frost aufeinander. Und dann suchte sie ihr Gewissen selbst zu beschwichtigen.

„Es ist besser so — mit meinem Willen soll sie ihn nicht wiedersehen. Er wird ja wohl bald diese Gegend verlassen, wenn er sieht, daß er bei Rose-Marie kein Glück hat. Ich habe doch recht getan.

Recht? Habe ich wirklich recht getan? Ist es nicht ein Vergehen, ein Verbrechen, daß ich mit Lug und Trug eingegriffen habe in das Schicksal eines Menschen, dessen Wohl und Wehe mir anvertraut war? Habe ich mich nicht schwer versündigt an Rose-Marie?

Ja; ja — ich habe Schlimmes getan — aber mag es drum sein — ich tat es für meinen Sohn. Auch an mir haben sich die Menschen versündigt. Ich wehrte mich. Und mein Sohn, mein Heinz, der soll nicht als ein Enterbter des Glückes im Schatten stehen, wenn andre in der Sonne schwelgen. Lieber soll Rose-Marie darben als mein Sohn.

Aber sie darbt ja gar nicht, sie hat ja sonst alles, was sie nur verlangen kann. Wirklich alles? — Nahmst du ihr nicht das Beste, Kostbarste, was ein Mensch besitzen kann? Betrogst du sie nicht um die Blütezeit sorgloser Jugend, um das frohe Blühen und Gedeihen? Wehe dir, Herta v. Ribnitz, du hast dem Bösen über dich Gewalt gegeben und kannst dich nun nimmer wieder davon lösen."

So sahen die Gedanken aus, die marternd durch die Seele der reglosen Frau stürmten. Aber nicht lange gab sie sich diesen quälenden Gedanken willenlos zur Beute. Wie abwehrend streckte sie die Hände aus und in ihre starren Augen trat ein heißes Leuchten:

Was ich tat — ich tat es für meinen Sohn!

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Felde.

G.-K.

Werte Redaktion! Zunächst die herzlichsten Weihnachtsgrüße aus dem ferner Rumänien. Teile Ihnen kurz mit, daß sich meine Feldpost-Nr. geändert hat. Hoffentlich ist dies der letzte Weihnachten, den wir im Felde verleben. Herzliche Grüße an alle Oberadener und ein herzliches „Prosit Neujahr!" [illegible] aus. Mit deutschem Gruß Kährer Erdmann.

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 5. Febr. (**Verschiedenes.**) Der Umstand, daß beim **Verkauf von Aktien** der Verkäufer sich über den Kurs der Aktien geirrt, daß er diesen Kurs, zu dem er die Aktien verkaufte, irrtümlich wesentlich niedriger angenommen hat, als er in Wirklichkeit war, berechtigt ihn nicht, den Kaufvertrag wegen Irrtums anzufechten. Denn es handelt sich bei diesem Irrtum, wie das Reichsgericht in einer Entscheidung annimmt, nur um einen für die Anfechtung unerheblichen Irrtum im Beweggrund, nicht um einen Irrtum über den Inhalt der Willenserklärung des Verkäufers im Sinne des § 119 BGB. Der Verkäufer muß deshalb den Kauf erfüllen, es sei denn, daß dem Käufer etwa arglistige Ausnutzung des Irrtums des Verkäufers nachzuweisen ist.

*

Bürgermeister von Basse †.

Gestern traf hier die telegraphische Nachricht ein, daß der frühere Bürgermeister unserer Stadt, Adolf von Basse, in Wiesbaden, wo er seinen Lebensabend verbrachte, fast 66 Jahre alt, einem Herzschlage erlegen ist. In der Bürgerschaft wird diese Nachricht allgemeine Teilnahme auslösen. Ist doch mit ihm nicht allein das frühere Stadtoberhaupt dahingegangen, welches 36 Jahre lang unserm Gemeinwesen vorstand und mit voller Hingabe das Beste der Stadt und ihrer Bürger zu fördern suchte, sondern auch der Sohn der Stadt, der ihren Werdegang mitbestimmen half und der bis in die letzten Tage hinein in engen Beziehungen zu seiner Vaterstadt gestanden hat.

Nach dem am 3. Februar 1877 erfolgten Tode seines Vaters, Julius von Basse, der 30 Jahre lang Bürgermeister der Stadt Kamen gewesen war, wurde der älteste, am 21. Februar 1852 geborene Sohn, Leutnant im Infanterie-Regiment 13, Adolf von Basse, durch das Vertrauen der Stadtverordneten am 24. April 1877 einstimmig zum Bürgermeister gewählt. Die Einführung erfolgte am 10. Juli 1877. 36 Jahre lang hat er der Stadt vorgestanden und für ihr Wohl gewirkt. Als Zeichen besonderen Vertrauens wählten ihn die Stadtverordneten auf Lebenszeit. Im Frühjahr 1913 zwang ihn die angegriffene Gesundheit, um seine Entlassung zu bitten.

Unter der Aera des Bürgermeisters Adolf von Basse wurde die Stadt mit der Wasserleitung versehen, die Gasanstalt vergrößert, der Ausbau der Volksschulen, die Einrichtung der höheren Töchterschule, die früher Privatschule war, der Ausbau der Rektoratschule und ihre Erhebung zum Realprogymnasium vorgenommen. Weiter erstand der städtische Schlachthof, und die Straßenbahn Unna—Kamen—Werne wurde gebaut. Als königstreuer Mann und echter Patriot, als Kämpfer von 1870/71 und Inhaber des Eisernen Kreuzes aus dem Kriege 1870/71 stand er den militärischen Vereinen nahe. Im Krieger- und Landwehr-Verein Kamen war er lange Jahre Vorsitzender. Aber auch die Bestrebungen der anderen Vereine fanden bei ihm stets Unterstützung. Bei Kriegsausbruch stellte sich der nun Entschlafene freiwillig zum Kriegsdienst, um auch an seinem Teile noch beizutragen zum Gelingen unserer gerechten Sache, um zu kämpfen für Deutschlands Ehre und Größe. Auf ärztliches Verbot hin konnte er seinen Wunsch, dem Vaterlande, das er so sehr liebte, zu dienen, nicht in Erfüllung bringen. Desto größere Freude machte es ihm, daß seine drei Söhne mitziehen konnten in den Kampf und alle drei geschmückt mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse vor ihren Vater hintreten durften. Wenn man den ganzen Lebenslauf des Verewigten überblickt, so kann man verstehen, daß Herr von Basse mit der ganzen Liebe seines Herzens an seiner Vaterstadt hing und daß es sein Wunsch war, in der Gruft der Väter auf dem Friedhofe zu Kamen beigesetzt zu werden. Dieser Wunsch wird denn auch Erfüllung finden, und nach der Ueberführung der Leiche findet die Beisetzung in Kamen statt.

*

(Kamener Ehrentafel.) Der Vizefeldwebel Emil Bürger, Sohn des Schneidermeisters Wilhelm Bürger, Jahnstraße, erhielt wegen besonderer Tapferkeit auf dem westlichen Kriegsschauplatze das Eiserne Kreuz erster Klasse. — Der Lehrer Rudolf Spengler, Essen (Ruhr), Schwiegersohn des Fabrikanten W. Wienpahl hier, hat in Frankreich das Eiserne Kreuz erworben und wurde zum Leutnant befördert. — Zum Sergeanten befördert wurde der Unteroffizier Ludwig Beckmann, Sohn der Witwe Ludwig Beckmann, Schillstraße 35. — Der Gefreite Anton Nolle, Sohn der Frau Wwe. Nolle, Heerenerstraße, erhielt auf dem westlichen Kriegsschauplatze das Eiserne Kreuz 2. Klasse.

(Weibliche Hilfskräfte für das besetzte Gebiet.) Von seiten des stellvertretenden Generalkommandos geht uns folgendes zu: In der Etappe bieten sich für unsere Mädchen und Frauen weitgehende Möglichkeiten der Betätigung in der vaterländischen Arbeit. Es werden dort in großer Zahl weibliche Hilfskräfte benötigt, und zwar sowohl auf den Büros, um Mannschaften frei zu machen für den Dienst in der Front, als auch in den großen Küchenbetrieben. Gut ausgebildete Buchhalterinnen, Kassiererinnen, Stenotypistinnen, Maschinenschreiberinnen, technische Zeichnerinnen, aber auch Handschreiberinnen und Verkäuferinnen, Köchinnen und Hilfsköchinnen finden dort gutbesoldete Anstellung. Die Vermittlung geschieht durch die Kriegsamtstelle Münster, Abteilung Frauen, Steinfurterstr. 28, Zimmer 16. Meldungen sind zu richten direkt dorthin oder an die zuständige Hilfsdienstmeldestelle. Bewerberinnen unter 20 Jahren können nicht berücksichtigt werden.

In der Sonntag in Unna abgehaltenen, sehr gut besuchten Vorstandssitzung des **Kreisverbandes evangelischer Arbeitervereine Hamm-Unna** wurde u. a. folgende, dem Reichskanzler und dem Generalfeldmarschall von Hindenburg zu übermittelnde Entschließung angenommen: „Der Kreisverband evang. Arbeitervereine Hamm-Unna als Vertretung von 3500 Arbeitern richtet an Ew. Exzellenz die inständige Bitte, aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen mit aller Kraft für den Anschluß Kurlands an Deutschland und für die Gewinnung des uns so nötigen Siedlungsgebietes im Osten eintreten zu wollen."

Der Jahresabschluß der hiesigen Sparkasse ergibt folgenden Bestand: Passiva 22 857 132,12 Mark, Aktiva 22 655 532,33 Mk., Kassenbestand 201 599,79 Mk. Gegen das Vorjahr ist die Kasse um 3 330 515,43 Mk. gewachsen. Die Einnahme im Jahre 1917 betrug 14 449 857,75 Mark, die Ausgabe 14 154 710,15 Mk. Einschließlich der zugeschriebenen Zinsen von 561 860,14 Mark betrugen die Einlagen 7 101 833,91 Mark, die Rückzahlungen 4 789 241,44 Mk. Die Einlagen überschritten die Rückzahlungen um 2 312 592,47 Mk. Ausgeliehen wurden 3 990 495,48 Mk., dagegen zurückgezahlt 385 563,16 Mk. Der Verkehr mit der Reichsbank ergab in Einnahme 4 934 500 Mark, in Ausgabe 3 455 600. Bei der Landesbank betrug die Einnahme 115 389,73 Mk., die Ausgabe 407 173,37 Mk. In allen Kriegsanleihen wurden gezeichnet: von der Sparkasse selbst 6 799 000 Mk., von den Sparern 5 705 800 Mk. Die Lombarddarlehen betraggen noch 4 223 569 Mk. Auf Veranlassung des Ministers des Innern mußten 1% an dem Kursstande der Wertpapiere des Vorjahres abgeschrieben werden, was einen Betrag von 19 185 Mk. ergibt. Nach Abschreibung dieses Betrages und von 114 546,16 Mk. Ueberschüssen an die Stadtgemeinde Kamen schließt der Reservefonds noch mit einem Bestande von 953 302 Mark ab. Der Abschluß kann als äußerst günstig bezeichnet werden. Es ist nur zu bedauern, daß die vorhandenen Kassenräume bei dem starken Verkehr viel zu wünschen übrig lassen. Es ist dringendes Bedürfnis, daß die städtischen Behörden sich um die Schaffung anderer Räumlichkeiten oder am besten eines Neubaues bemühen und schon jetzt alle dazu erforderlichen Arbeiten in die Hand nehmen.

Die Kleinbahn Unna—Kamen—Werne muß ihren Stromverbrauch von 60 000 auf 50 000 Kilowatt einschränken. Das soll, wie in der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Werne bekanntgegeben wurde, dadurch erreicht werden, daß der Viertelstundenverkehr auf die verkehrsstarke Zeit von 9—2 und 5—7½ Uhr beschränkt und im übrigen der Halbstundenverkehr eingeführt wird. Da sich die Wagenbesetzung infolgedessen verdichten wird, ist eine Verminderung der Freikarten erforderlich.

Die von verschiedenen Zeitungen gemachte Mitteilung, daß der im Januar verringerte Eisenbahnverkehr vom 5. Februar ab wieder in früherem Umfange aufgenommen werde, ist nicht richtig. Die ausgefallenen Personenzüge befinden sich nicht in den bisherigen Bekanntmachungen der Eisenbahndirektionen, sondern nur die D- und Urlauber-Züge.

Dortmund, 4. Febr. **Der reichliche Geldzufluß** bei der Sparkasse der Stadt Dortmund hat auch im Monat Januar angehalten; es wurden im Sparverkehr 6 367 213 Mark mehr eingelegt als abgehoben, im Scheckverkehr 344 311 Mk. Zu den Mehreinlagen treten noch über 6 Millionen Mark gutgeschriebener Zinsen. Im Monat Dezember betrugen die Mehreinlagen 4 131 406 Mk.

Mülheim (Ruhr), 4. Febr. **Ein schwerer Straßenbahnunfall** passierte auf der Linie Uhlenhorst. Dort wurde ein Mann überfahren, ohne daß es von dem Fahrpersonal bemerkt wurde. Erst beim Umsetzen der Wagen an der Ziegelei sah die Führerin ein menschliches Bein unter dem Wagen liegen. Und nun versagten die Nerven. Unter lautem Schreien setzte sie den Wagen in Fahrt und ließ ihn sausen. Nur der Geistesgegenwart eines Bahnbeamten, der sich auf den Wagen zu schwingen vermochte und ihn stillsetzte, ist es zu danken, daß nicht noch ein zweites Unglück passierte.

Aus aller Welt.

— **Gymnasiasten als Waldarbeiter.** Ein nützliches Stück Arbeit wird gegenwärtig von den Schülern der Unterprima des Alten Gymnasiums in Mainz in Form von Hilfsdienstarbeit im Walde zwischen Budenheim und der Station Uhlerborn geleistet. Ein Unternehmer hat dort 80 Morgen fiskalischen Wald auf eine lange Reihe von Jahren gepachtet, um ihn abzuholzen und in Ackerland umzuwandeln. Da es ihm an Arbeitskräften fehlte, wurden sämtliche Schüler der Unterprima auf Anordnung des Generalkommandos auf Grund des Hilfsdienstgesetzes mit der Hilfeleistung bei diesen Arbeiten beauftragt. An jedem Morgen fahren die jungen Leute unter Führung eines Lehrers an die Stelle, um bis zum Abend tüchtig mitzuhelfen. Während sechs Männer die Waldbäume fällen, sägen die Unterprimaner die Stämme zusammen, schichten das Holz zu Haufen und binden die Wellen. Die Arbeiten sind um so dankenswerter, als dadurch noch für dieses Jahr 80 Morgen Land für die Volksernährung neu gewonnen werden.

Aus dem Felde.

G.-K.

Fröhliche Weihnachten von Frankreichs Fluren senden allen Kamensern die lustigen Minenwerfer Heinrich Bierwind, Fritz Kruckelmann, Wilhelm Schulte und Edwin Gerblich.

Die besten Grüße aus dem Felde an die Kamenser Mädchen senden Uffz. Starke, Gefr. W. Hengs, Musk. Strak, Musk. Possin, Musk. Hoffmüller, Wehrm. Kurdes. Auf ein frohes Wiedersehen!



Heute nachmittag gegen ½4 Uhr entschlief sanft und gottergeben nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Vetter, der

Invalide

Karl Kümper

im Alter von 76 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Gelsenkirchen, Oeynhausen, Schwelm, Holtrup, Horstermark u. Brackel, den 3. Februar 1918. 294

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Wilhelmstrasse 9, aus statt. Trauerfeier ½ Stunde vorher. Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so diene diese als solche.

Kriegswirtschaftsausschuß.

Mittwoch, 8 Uhr abends, im Gasthof Bergheim. 1



Haus- u. Grundstücks-Verkauf.

Zwecks Auseinandersetzung beabsichtigen die **Erben Fiene** nachstehende Immobilien zu verkaufen:

1. Flur 28 Nr. 503/65, Hofraum mit Wohnhaus Bahnhofstraße Nr. 43, 4 a 68 qm groß, mit hinterliegendem Garten, Flur 28 Nr. 59 Vogtskamp, zur Größe von 4 a 61 qm;
2. Flur 23 Nr. 825/223, Hofraum mit Wohnhaus Lünenerstr. Nr. 223, 9 a 35 qm groß, mit hinterliegendem Garten und Acker zur Größe von 19 a 71 qm;
3. Flur 1 Nr. 45 und 46, auf den Froschpoten, Acker 2c., 26,34 a groß, in der Nähe der Kreisstraße nach Heeren belegen.

Schriftliche Angebote nimmt bis zum 15. Februar entgegen 269

H. Fiene.

Kamen, den 1. Februar 1918.

Bekanntmachung.

Die Abgabe des noch nicht abgelieferten Dachkupfers, Kupfers von Blitzableitern sowie Platinspitzen findet am

Mittwoch, den 6. Februar d. J., nachmittags von 3—4 Uhr,

in der Klempnerei Rumpff, Oststraße hierselbst, statt.

Kamen, den 4. Februar 1918.

296 **Die Ortsbehörde:**

J. V. Moenninghoff, Stadtrat.

Kaffee-Ersatz gut und reinschmeckend

Deutscher und Schweizer Tee

Puddingpulver für Suppen

Backpulver und Schaumspeise

zu haben 290

Arnold Wiemer.

Heirats-Gesuch!

2 Freunde, 28 und 23 Jahre alt, suchen auf diesem Wege Damenbekanntschaft zwecks späterer Heirat. Junge Mädchen von 18 bis 25 Jahren wollen sich melden. Junge Kriegerwitwe mit einem Kind nicht ausgeschlossen. 283

Offerten sind mögl. mit Bild zu richten unt. „Viel Glück" an die Gschst. d. Kamener Ztg.

Junges Mädchen findet **Stellung** zur Erlernung d. Küche ohne gegenseitige Vergütung. 288

Hotel zum „König von Preußen".

Knechte und Mägde können Stellung erhalten, für Stadt und Land. 293

Frau Klaus, Gesindevermieterin.

Ein Schreiberlehrling zu Ostern d. J. gesucht.

Kamen. 297

Harbach, Gerichtsvollzieher.

Zu vermieten

Eine Wohnung von **3 Zimmern** mit Zubehör zum 1. April zu vermieten. 281

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Stellen-Angebote

Ein Mädchen für Haus- und Gartenarbeit zum 1. März gesucht. 287

Zu erfr. in der Geschft.

Stellen-Gesuche

Suche zum 1. April für meine Tochter, 14 Jahre, **Stellung** bei einem kathl. Landwirt, wo sie alle Hausarbeit erlernt, a. liebsten im Sauerland. Angebote erbitte ich unter **G. B. 277** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Holz-Verkauf

Oberaden.

Samstag, den 9. ds. Mts., morgens 10 Uhr, läßt Herr Landwirt **Keinemann** in Oberaden in der Mark an der Homm-Osterfelder Bahn und in der Burg bei der neuen Schule **120 Haufen schönes starkes Eichen- und Buchen-Durchforstungsholz,** zu Geschirr-, Frechtungs-, Nutz- und Brennholz geeignet, öffentlich gegen Kredit bei freier Zufuhr verkaufen. Anfang in der Mark.

Heil.

Brüggemann, 279 Auktionator.

Zu verkaufen

Eine guterhaltene Mandoline mit Tasche zu verkaufen.

Heinrich Wind Schillstraße 24. 291

Krieger- und Landwehr-Verein Kamen. 290

Zur Teilnahme an der Beerdigung des

Kameraden Kümper

Kriegsveteran von 1866 und 1870/71

tritt der Verein am **Mittwoch, den 6. Februar, nachmittags 3½ Uhr,** im Vereinslokal an.

Der Vorstand.

Buchen-Verkauf

Weddinghofen.

Donnerstag, den 7. ds. Mts., morgens 10 Uhr, werde ich für Herrn Holzhändler Strathaus in Mielinghofen in Schulte Brauks Busch an der Kreisstraße Weddinghofen-Oberaden eine **große Partie lange starke gefällte Buchen** zu Brettern, Bohlen, Nutz- und Brennholz besonders für Bäcker geeignet, öffentlich meistbietend gegen Kredit verkaufen. 280

Heil.

Brüggemann, Auktionator.

Drehrolle, Wäschemangel wegen Mangel an Raum billig zu verkaufen.

Näheres 295 **Schlachthofstr. 18.**

Feldpostschachteln

in verschiedenen Größen

: : und großer Auswahl : :

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Weststraße 10.